

1. EXTRASITZUNG DES BUNDESRATES

in der Angelegenheit "Ueberfall auf die rumänische
Gesandtschaft"

15. Februar 1955, 07.30 Uhr.

Vorsitz: Hr. Bundespräsident Petitpierre
Abwesend: Bis 08.30 Uhr Hr. Streuli
Schriftführer: Hr. Vizekanzler Weber
Weitere Teil-
nehmer: Hr. Polizeidirektor Freimüller,
Hr. Polizeikdt. Röthlisberger, Hr. Dr. Balsiger,
(Bundespolizei), Minister Micheli.

Der Herr Bundespräsident orientiert die um 06.45 alarmmässig aufgebotenen Mitglieder des Rates über das Vorgefallene. Eine bewaffnete Bande hat die rumänische Gesandtschaft in der letzten Nacht überfallen, nach einem ersten Angriff auf die Kanzlei, der schon um 22 Uhr stattgefunden hatte, wobei die Telephonleitung durchschnitten worden war. Beim Angriff auf das Hauptgebäude ca um 2 Uhr konnte der Chargé d'affaires entfliehen. Die Polizei hat das Areal der Gesandtschaft und später das Gebäude umstellt. Sie konnte ein Mitglied der Bande, das ein Paket Akten auf sich hatte, im Garten verhaften.

Der Chargé d'affaires hat um 04.55 Herrn Petitpierre angeläutet. Dieser hat Hrn. Balsiger alarmiert, der sich sofort an Ort und Stelle begeben und Hrn. Feldmann verständigt hat. Ferner hat sich auch Hr. Micheli hinbegeben.

Nach Mitteilungen der Polizei sei die Bande mit Maschinenpistolen und Handgranaten bewaffnet und verfüge auch über Gasmasken. Sie erklären, sie würden das Gebäude besetzt halten, bis die rumänische Regierung bestimmte 5 Persönlichkeiten, die sie eingekerkert und zum Tode verurteilt habe, freigelassen habe. Sie hätten nichts zu verlieren als ihre Ehre und ihr Leben. Sie hätten genug Munition, um erbittersten Widerstand zu leisten. Sie würden nichts gegen die Polizei unternehmen, solange diese das Gebäude nicht angreife. Die Polizei ist in einer unangenehmen Lage, weil sich noch Personen des Gesandtschaftspersonals als Geiseln im Innern des Gebäudes befinden. Die Polizei wünscht eine Weisung des Bundesrates, ob sie bei dieser Situation das Gebäude mit Gewalt nehmen soll, auf das Risiko hin, Menschenleben zu verlieren. Als Regierung des Landes, in dem sich die Gesandtschaft befindet, haben wir andererseits gewisse Verant-



wortung für deren Schutz.

Nach dieser Einleitung erscheinen die oben erwähnten weiteren Teilnehmer an der Sitzung.

Hr. Polizeidirektor Freimüller ist um 5 Uhr vom Polizeikdt. telefonisch vom Vorgefallenen verständigt worden. Er hat Weisung gegeben, mit Angriff zuzuwarten bis nach der Aussprache mit dem Bundesrat.

Polizeikdt. Röthlisberger hat um 2 Uhr 15 Meldung erhalten von einer wilden Schiesserei beim Gesandtschaftsgebäude. Polizei war sofort ausgerückt und hatte Gesandtschaftsareal umzingelt. Hr. Stoffel konnte nicht sagen, wer vom Gesandtschaftspersonal noch im Gebäude sei. Es hiess, mindestens eine Frau und eine Kind werden zurückgehalten. Plötzlich sei dann ein Mann aufgetaucht mit Maschinenpistole. Dieser wurde sofort festgenommen. Er hatte Paket mit gestohlenen Akten auf sich. Er hat Auskunft verweigert. Akten wurden sichergestellt und dann Hrn. Geschäftsträger Stoffel ausgehändigt im Einverständnis mit dem Vertreter des Politischen Departements.

Polizei versuchte zu verhandeln. Der Anführer der Eindringlinge erklärte, sie werden Gebäude nicht räumen. Sie hätten Maschinenpistolen, Handgranaten und genug Munition. Sie liessen aber schliesslich Polizei näher bis auf einen Abstand von 10 - 20 Metern ans Haus heran. Dabei fand man im Garten einen schwer verletzten Mann, den Chauffeur der Gesandtschaft. Dieser ist stundenlang dort gelegen. Die Eindringlinge erklärten, sie würden Gebäude nicht räumen, bevor die rumänische Regierung 5 eingekerkerte Landsleute freigebe. Es wurde verlangt, dass dies schriftlich fixiert wird.

Hr. Micheli hat mit Hrn. Stoffel gesprochen. Dieser und seine Frau sind in einem Nachbarhause in Sicherheit. Hr. Micheli hat ihnen Aufenthalt im Polit. Departement offeriert.

Die rumänische Regierung verlangt Befreiung der Gesandtschaft, Verhaftung und Auslieferung der Eindringlinge und Herausgabe der Akten. Die Frau und Kinder des Attaché Miron konnten sich flüchten. Von ihm selbst weiss man nicht, wo er ist.

Hr. Freimüller stellt fest, dass man nicht weiss, wie stark die Eindringlinge sind. Man weiss nicht, ob es im Gebäude noch Verletzte hat. Der Anführer erklärt, sie hätten Frauen und Kinder freigegeben. Es soll sich um eine gut organisierte Truppe handeln. Man hat trotzdem Hoffnung, sie zum freiwilligen Verlassen des Gebäudes zu bewegen, wenn man die Zeit ihre Wirkung tun lässt. Polizei möchte vom Bundesrat wissen, ob Gewalt angewendet werden soll.

Hr. Petitpierre stellt zu den Begehren der rumänischen Regierung fest, dass man sie teilweise erfüllt hat. Man hat die Eindringlinge umzingelt und hat den verletzten Chauffeur geborgen. Zur Zeit sollte man nicht mit Gewalt zur Verhaftung schreiten auch im Hinblick auf die Geiseln. Wir haben nicht die Weisungen der rumänischen oder irgend einer andern Regierung auszuführen, sondern zu tun, was wir bei der heutigen Lage als das Zweckmässigste erachten.

Hr. Feldmann möchte wissen, ob die Polizei nach dem Ueberfall auf die Kanzlei, also zwischen 22 Uhr und 2 Uhr nachts, verständigt worden sei und ferner, in welcher Form die rumänische Regierung ihre Forderung gestellt habe.

Polizeikdt. Röthlisberger präzisiert, dass zwischen 22 Uhr und 2 Uhr die Polizei keine Meldungen bekommen habe.

Hr. Micheli stellt fest, dass bisher keine formelle Demarche erfolgte. Lediglich der Chargé d'affaires hat mit seiner Regierung telefoniert und dabei diese Begehren erfahren.

Hr. Freimüller ergänzt, dass Prof. Dettling vom gerichtsmedizinischen Institut da war und dem Verletzten die erste Hilfe gegeben hat.

Hr. Feldmann findet die Rechtslage klar. Wir sind verpflichtet, die extritoriale Sicherheit zu gewähren und den vorherigen Zustand wieder herzustellen. Fremde Regierung kann uns über das "Wie" keine Vorschriften machen. Um Verluste von Menschenleben zu verhüten, soll man zuwarten. Polizei soll ihre Sicherungsmassnahmen gegen Fluchtgefahr weiterführen.

Hr. Etter weist auf Gefahr eines Ausfalles hin. Wenn sie nur wenig Lebensmittel hätten, könnte man sie vielleicht durch blossé Belagerung zur Uebergabe zwingen. Kann man nicht mit Tränengas etwas machen? Kann man nicht feststellen, wo sie hergekommen sind?

Hr. Freimüller stellt fest, dass Absperrung verhältnismässig leicht sei. Wenn es länger dauern sollte, muss Hilfe bei Kantonspolizei angefordert werden. Mit dem Absperrern der Neugierigen wird man fertig. Wegen den Lebensmitteln soll Chargé d'affaires Auskunft geben. Polizei ist mit Schutzwesten ausgerüstet. Gegen Tränengas sind die Leute durch Gasmasken geschützt.

Hr. Holenstein wünscht zu wissen, was Polizei vorsieht, wenn sie zu Gewalt übergehen muss, da man nicht ewig werde belagern können.

Hr. Freimüller erklärt, dass die Angriffstaktik noch nicht festgelegt sei. Das muss genau anhand von Plänen des Gebäudes festgelegt werden, um möglichst wenig Verluste zu haben. Polizei wird alles vorbereiten. Eindringlinge sind schon etwas weich geworden. Hoffe, dass sie sich Sache überlegen.

Hr. Chaudet will nichts überstürzen. Man soll sie isolieren und den Belagerungsring ständig verstärken.

Hr. Lepori ist der Meinung, dass der Bundesrat der Polizei keine Vorschriften für ihr Verhalten geben kann. Wir können ihr

lediglich sagen, dass wir bei der gegenwärtigen Lage nicht verlangen, dass sie sofort und mit Gewalt einschreite. Im übrigen soll sie sich so verhalten wie sonst in solchen Fällen.

Hr. Petitpierre glaubt, man könnte einen Rumänen beiziehen, der diese Leute zur Aufgabe des Widerstandes überreden könnte.

Auf die Frage, ob das Telephon unter Kontrolle sei, antwortet Hr. Röthlisberger, es sei abgesperrt. Er findet Idee mit einem geschickten Parlamentär gut.

Hr. Feldmann unterstreicht, dass nichts geschehen und versprochen werden darf, was uns hindern könnte, diese Leute vor Gericht zu stellen und zur Verantwortung zu ziehen. Sie müssen wissen, dass wir sie verhaften und vor Gericht stellen wollen.

Was die Orientierung der Oeffentlichkeit anbelangt, wird abgemacht, dass Stadtpolizei eine Pressekonferenz auf 10 Uhr einberufen und dabei über die Ereignisse und Tatsachen orientieren soll. EPD und JPD bereiten ein Communiqué vor.

Kurz vor Schluss der Sitzung trifft die Nachricht ein, dass nun wohl niemand mehr in der Gesandtschaft als Geisel zurückgehalten werde.

Schluss 8 Uhr 40.

* * *